



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anhörung zur Asylpolitik ernst nehmen 7: Bericht zur Beschulung von Jugendlichen und jungen Flüchtlingen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und dem Ausschuss für Bildung und Kultus zur Situation der Beschulung von Flüchtlingen schriftlich und mit Aussprache zu berichten.

Dabei soll im Besonderen auf folgende Themenkomplexe eingegangen werden:

1. Anzahl von Flüchtlingen an bayerischen Schulen und Hochschulen
2. Anzahl und Art der erreichten Schul- und Hochschulabschlüsse von jungen Flüchtlingen
3. Beschulungsmodelle an Berufsschulen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge
4. Spezifische Qualifikationen und Fortbildungsmöglichkeiten von Lehrkräften

Begründung:

Wie die Vertreter und Vertreterinnen der Berufsschule Nürnberg, der Schlau-Schule und des Kultusministeriums in der Anhörung zur Asylpolitik ausführten, besteht in Bayern ein breit gefächertes schulisches Angebot für Flüchtlinge – in Regelschulen und an Berufsschulen. Leider reichen die Kapazitäten gerade an den Berufsschulen nicht aus, um allen Flüchtlingen die gleichen Chancen auf schulischen Erfolg zu gewährleisten. Häufig liegt dies an fehlenden finanziellen Mitteln. Es gibt jedoch auch viele strukturelle Hürden, die Chancengleichheit behindern und zu Ungerechtigkeiten beim Bildungserfolg von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern führen. Hier steht vor allem die kurze Zeit in der Kritik, in der Flüchtlinge Schulabschlüsse nachholen können. Viele Flüchtlinge schaffen es nicht, innerhalb von zwei Jahren Schrifterwerb, Spracherwerb und einen Schulabschluss zu erreichen.

Flüchtlinge in die Schule zu integrieren bedeutet eine sehr heterogene Schülerschaft zu berücksichtigen – vom jungen Menschen, der schon viel Erfahrung hat mit Schule aus dem Heimatland, bis hin zu Analphabetinnen und Analphabeten. Hierfür muss ein differenziertes Angebot gewährleistet sein, um eine angemessene Beschulung umzusetzen. Um das Angebot zu verbessern, wird neben einer besseren Finanzierung und der Lösung bereits bekannter Probleme zusätzlich eine detaillierte Sachstandsanalyse benötigt.